



European Commission
GD Unternehmen
Brey 11/179
B-1049 Brussels

Email:

Entr-steel-metals-minerals@ec.europa.eu

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel	Fax	Datum
-	WP-VwK-Wi/Lm	Susanne Wixforth	DW 2122	DW 42122	06.09.2010

Public consultation on the preparation of a new Communication on Raw Materials
Registriernummer BAK: 23869471911-54

Die Bundesarbeitskammer (BAK) ist die gesetzliche Interessenvertretung von rund 3,2 Mio. ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen in Österreich. Sie vertritt ihre Mitglieder in allen sozial-, bildungs-, wirtschafts- und verbraucherpolitischen Angelegenheiten auf nationaler wie auch auf Brüsseler EU-Ebene.

Die BAK verfolgt, insbesondere seit der Wirtschaftskrise, mit großer Sorge die Entwicklung der Angebots- und Nachfrageseite auf den Rohstoffmärkten und die extrem volatilen Preise, die oft nicht auf volkswirtschaftliche Fundamentaldaten rückführbar sind.

Immer häufiger wird dieser Umstand von Analysten auf Finanzspekulationen zurückgeführt. In Zeiten mit niedrigen Zinsen suchen Investoren höhere Renditen und weichen auf neue Märkte aus, nachdem der Immobilienmarkt zusammengebrochen ist. Laut Bank of America Merrill Lynch legte das Volumen von Rohstofffonds seit Jahresbeginn um 20 Prozent auf 200 Mrd. US-Dollar zu. Auch Investmentbanken wie Goldman Sachs oder Morgan Stanley, aber auch die Deutsche Bank, engagieren sich zunehmend im physischen Handel, und treten als Lagerhausbetreiber auf, kaufen Hafenterminals und Schiffe. Dies unter anderem auch, um allfällige regulatorische Marktzugangsbeschränkungen für Finanzinstitutionen auf den Finanzmärkten zu umgehen. Handelszulassungen an den Börsen nur für Rohstoffhersteller und Rohstoffverarbeiter, wie sie in den USA bestanden und verschärft wurden, um den spekulativen Anteil des Handels zu reduzieren, könnten deshalb ins Leere gehen.

So wird laut Financial Times Deutschland (14.8.2010) wieder vor einer Blase gewarnt, diesmal auf den Rohstoffmärkten: Banken entwickeln nach Platzen der Immobilienblase auf der Suche nach neuen Investitionsmöglichkeiten komplexe Finanzinstrumente für Rohstoffe, um vom Auf und Ab der Kurse zu profitieren. Bei nachwachsenden Rohstoffen bedeutet das schon jetzt, dass nur noch zwei Prozent der Termingeschäfte auf den Rohstoffmärkten mit dem realen

Handel von Waren enden. Beim Handel mit endlichen Rohstoffen, ist von ähnlichen Zahlen auszugehen.

Wenn es auch im Bereich der endlichen Rohstoffe noch kaum europäische Analysen gibt, kann doch der Rohölmarkt als Anhaltspunkt herangezogen werden: Der Rohölpreis erhöhte sich im Zeitraum der Wirtschaftskrise 2008/2009, obwohl der Preisanstieg im diametralen Widerspruch zu den Fundamentaldaten (sinkender Verbrauch bei gleichbleibendem Angebot) stand. Hier räumte unter anderem sogar die International Energy Agency ein, dass spekulative Kräfte den Terminmarkt künstlich aufblähen und damit den physischen Spotmarkt lenken können. Die zunehmende Verschränkung zwischen Spot- und Terminmarkt wird in erster Linie auf den Markteintritt von Indexinvestoren, Swap Dealern und Hedge Fonds zurückgeführt. In einer Studie der Grünen Fraktion/Bündnis 90 Deutschland wurde der Spekulationsanteil am Ölpreis mit 35-40 Prozent beziffert.

Deshalb begrüßt die BAK die Initiative der Europäischen Kommission, zur Sicherung der Versorgung Europas mit Rohstoffen, ohne wettbewerbsverzerrende Eingriffe eine Strategie zu entwickeln. Dies insbesondere auch deshalb, weil in der Regel die durch Spekulationen verursachten überhöhten Preise auf die VerbraucherInnen überwältigt werden. Hinzu kommt, dass beispielsweise bei Strom, Gas und Öl Preissenkungen auf dem Weltmarkt nicht oder nur verspätet an KMU und HaushaltskundInnen weitergegeben werden.

Leider werden im gegenständlichen Entwurf nur Fragen bezüglich zwischenstaatlicher Wettbewerbsbeschränkungen angesprochen. Der oben angeführte Fragenkomplex der Volatilität der Preise, verursacht durch Finanzspekulationen und künstliche Verknappung des jeweiligen Rohstoffes durch Interventionen von Marktakteuren, die realwirtschaftlich nichts mit diesem Rohstoff zu tun haben, wird völlig ausgeklammert.

Aus Sicht der BAK ist daher die geplante Mitteilung um diesbezügliche Strategien zu ergänzen und bedarf es einer engen Kooperation auch mit der GD Binnenmarkt sowie GD Wettbewerb, die bereits über einige Marktstudien bezüglich knapper werdender Rohstoffe und Auswirkungen von Finanzspekulationen in Form von Derivaten und Leerverkäufen vorgenommen haben bzw. planen. Wenn auch die empirische Erfassung möglicherweise andere endliche Rohstoffe betrifft (insbesondere Mineralöl, Elektrizität, Gas), ist davon auszugehen, dass diese von umfassender Gültigkeit sind. Das Interesse der Finanzindustrie macht nicht vor bestimmten, von gegenständlicher Mitteilung erfassten, Rohstoffen Halt.

Zu ausgewählten Fragen im Einzelnen:

Frage1

Zu begrüßen ist das Ziel der Europäischen Kommission, Strategien zu entwickeln, um Wettbewerbsbeschränkungen und -verzerrungen auf dem Rohstoffmarkt zu verhindern bzw. zu bekämpfen. Allerdings ist aus unserer Sicht die vorgeschlagene methodologische Herangehensweise zu kurz gegriffen, indem die Auswirkungen von Finanzspekulationen, insbesondere in Form von Entwicklung komplexer, strukturierter Finanzprodukte sowie von direkten Markteingriffen, ausgeklammert werden. Daher ist die Entwicklung einer diesbezüglichen Strategie Grundvoraussetzung dafür, dass alle anderen vorgeschlagenen Strategien überhaupt greifen können.

Frage 5

Wie schon oben angeführt, ist die Beantwortung der Frage, ob und wie die Preisbildung auf dem Rohstoffmarkt überhaupt funktioniert, die Grundvoraussetzung, bevor weitere wettbewerbspolitische Maßnahmen greifen können.

Deshalb ist eine derartige Analyse fundamental für alle weiteren Schritte. Derzeit ist der Rohstoffmarkt völlig intransparent (vgl. zuletzt Financial Times Deutschland, 14.8.2010), die Preisbildung ist möglicherweise durch Herdenverhalten (auf den Finanzmärkten, teilweise durch kartellartige Absprachen) gekennzeichnet. Zur Erhöhung der Transparenz wäre ein konzertiertes Vorgehen auf G 20-Ebene notwendig, sodass eine Umgehung von Bestimmungen durch Ausnutzen von unterschiedlich strengen Regulierungsvorschriften verhindert wird.

Ein verpflichtender Rohstoffhandel über Börsen wäre ein erster Schritt, um den OTC-Handel zu reduzieren. Weiters sollten Finanzspekulationen, insbesondere Indexhandel und derivative Produkte, die Wetten ähnlich sind, verboten werden. Zur besseren Kontrolle sollten wie in den USA nur bestimmte Akteure - also keine Finanzinstitute - zum Handel zugelassen werden und eine Kontraktbeschränkung pro zugelassenem Händler erfolgen.

Frage 6

Im Hinblick auf die zunehmenden wettbewerbsverzerrenden Eingriffe von Marktakteuren (vgl. E.ON, Süddeutsche Zeitung, 26.11.2008, Financial Times Deutschland, 14.8.2010), die zu einer künstlichen Angebotsverkürzung führen, erscheinen staatliche Eingriffe in Form von Rohstofflagern eine Möglichkeit, diesem wettbewerbsverzerrenden Verhalten entgegenzuwirken. Dies insbesondere auch im Hinblick darauf, dass die unter Frage 5 von der BAK vorgeschlagenen Maßnahmen möglicherweise nicht auf globaler Ebene umgesetzt werden können. Die Verwaltung der Lager sollte auf mitgliedstaatlicher Ebene erfolgen, eine Strategiekordinierung hingegen auf EU-Ebene.

Frage 7

Die Frage der Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen darf nicht auf staatlicher Ebene Halt machen, sondern muss sich auch mit dem Verhalten großer, privater Finanzakteure beschäftigen, die staatliche Wettbewerbsregeln zu umgehen suchen und zunehmend die Preisgestaltung in der Hand haben.

Frage 8

Aus Sicht der BAK fehlt beim Bericht der GD Handel, insbesondere bei der Definition der Spielregeln, die Analyse des Einflusses des Finanzsektors auf die Rohstoffmärkte. Das Ziel der nachhaltigen Belieferung durch Drittstaaten kann solange nicht gewährleistet werden, als die Preise unabhängig von den wirtschaftlichen Fundamentaldaten völlig unvorhersehbar schwanken und das Angebot durch private Markteingriffe künstlich verknappt wird. Wobei diese Markteingriffe, anders als staatliche Eingriffe, die meist aus volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten gesetzt werden, allein zu Gunsten einiger weniger Shareholder erfolgen. Neben der Analyse der Preisbildung sollte daher die Strategie auch mit einer Analyse ergänzt werden, wie sich Angebots- und Nachfrageumfang gestalten: Sind sie auf die Realwirtschaft zurückzuführen (auf positives Wirtschaftswachstum etc.) oder werden Angebot und Nachfrage durch ganz andere Marktakteure gelenkt.

Frage 11

Um ein nachhaltiges Investitionsklima zu schaffen, ist eine Grundvoraussetzung, dass die Akteure der Realwirtschaft (Produzenten, Zwischenhändler, verarbeitende Industrie) einen Zusammenhang zwischen Wirtschaftslage und Preisen herstellen können. Dies ist im Moment durch den Einfluss riesiger Kapitalströme aus dem Finanzmarkt, die ganz andere Ziele als die Realwirtschaft verfolgen, nicht möglich (vgl. Financial Times Deutschland, 14.8.2010).

Deshalb ist unserer Meinung nach dem Punkt „good governance“ im Sinne von Schaffung eines nachhaltigen Investitionsklimas durch staatliche Markteingriffe zur Vermeidung der angeführten Wettbewerbsverfälschungen Priorität einzuräumen. Hierzu zählen auch die vertiefte Untersuchung, inwieweit die Errichtung von staatlich kontrollierten Rohstoffinterventionslagern einer durch Spekulationen verursachten künstlichen Verknappung der Rohstoffe entgegenwirken kann, und eine diesbezügliche Kosten-Nutzen-Analyse.

Die Bundesarbeitskammer ersucht um Berücksichtigung der vorgebrachten Argumente.

Mit freundlichen Grüßen



Herbert Tumpel
Präsident



Maria Kubitschek
i.V. des Direktors